

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensa, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsiebnitz, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Besannungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannsch. i. Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Berichten.

Er erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Anzeigen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeitungszeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (3sp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unendlichen gedruckten, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 50

Dienstag, den 24. April 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Die Einkommensteuern für die auf Sonntag, den 20. Mai 1928 festgesetzte

Reichstagswahl

liegen vom

29. April bis mit 6. Mai 1928

im Rathaus, Meldeamt, Zimmer 11 wochentags von vormittags 8 bis mittags 1/2 Uhr und nachmittags 2 bis 4 Uhr, Sonntags und Dienstag, den 1. Mai 1928, vormittags 10 bis 12 Uhr zu jeder Mannes Einsicht aus.

Einsprüche gegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Karten sind bis zum Ablauf der Auslegungszeit beim unterzeichneten Stadtrat schriftlich anzugeben oder zur Niederschrift zu geben. Sowie die Richtigkeit der Hauptangaben nicht offenkundig ist, sind für sie Beweismittel beizubringen.

Naunhof, am 23. April 1928. Der Stadtrat.

Briands Friedenspläne.

Das Sendschreiben an die Mächte.

Das am 20. April an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann in Berlin (ebenso wie in London, Rom und Tokio) übergebene Schriftstück der französischen Regierung über die Ergänzungen zum amerikanischen Antikriegsvertragsangebot ist veröffentlicht worden. Frankreich bringt für den unter Umständen abzuschließenden Vertrag folgende Einteilung in Vorschlag:

Der deutsche Reichspräsident,

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König von England, Irland und den Britischen Dominien, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiserin von Japan in gleicher Weise von dem Wunsch befeuert, nicht nur die glücklicherweise jetzt zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauerhaft zu gestalten, sondern zugleich die Gefahr eines Krieges zwischen allen Mächten der Welt zu beseitigen, darüber einig, in einem feierlichen Akt ihren äusseren förmlichen und klaren Beschluss schlagend, den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik zu verwerfen und auf die friedliche Regelung internationaler Konflikte hinzuwirken.

Schließlich der Hoffnung Ausdruck verleihend, daß alle anderen Nationen der Welt sich diesem im Interesse der Menschheit gelegenen Bestreben anschließen werden, um das Zusammenwirken der zivilisierten Völker in einem einheitlichen Bunde auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik zu verwerfen, haben beschloffen, einen Vertrag zu schließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt.

Dann wiederholt sich die Aufzählung der in Betracht kommenden Staatsoberhäupter mit der Übereinkommensformel. Schliesslich folgt der

Wortlaut der Vorschläge.

Die Vertragschließenden erklären, ohne damit die Ausübung ihres Rechtes auf rechtmäßige Verteidigung beeinträchtigen zu wollen, so wie dieses in den bestehenden Verträgen festgelegt ist, daß sie die Inanspruchnahme des Krieges verurteilen und auf ihn als Werkzeug der nationalen Politik verzichten. Die Regelung oder Entscheidung aller etwa zwischen den vertragschließenden Parteien entstehenden Streitigkeiten oder Konflikte, welcher Natur oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, wird von den Beteiligten niemals anders als auf friedlichem Wege angestrebt werden. Wenn eine der Parteien diesen Vertrag verlegen sollte, würden die anderen vertragschließenden Mächte dieser gegenüber von Rechts wegen von ihren in dem Vertrage übernommenen Verpflichtungen befreit sein. Die Bestimmungen dieses Vertrages beeinträchtigen in keiner Weise die Rechte und Pflichten, die sich aus früheren internationalen Abkommen, an denen sie beteiligt sind, ergeben. Alle Mächte werden zum Beitritt zu diesem Vertrage aufgefordert werden; der Vertrag wird erst in Kraft treten, nachdem er allgemein angenommen sein wird, es sei denn, wenn die jetzt beteiligten Mächte sich darüber verständigen, daß Inkrafttreten des Vertrages trotz des Fehlens einzelner Beitrittserklärungen zu beschließen.

Deutschland zu den Dakentwürfen.

„Zugespiete juristische Formulierungen.“
Der in Berlin überreichte französische Entwurf eines Kriegsschlichtungsabkommens wird gegenwärtig an den zuständigen Stellen geprüft. In Berliner politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der französischen Note um einen Vorentwurf handelt, der im wesentlichen Vorbehalte zur amerikanischen Note enthält, die auch in der französischen Presse zum Ausdruck gekommen sind. Diese Vorbehalte sind in die an sich sehr klaren amerikanischen Grundgedanken hineingearbeitet. Man hat den Eindruck, daß die moralische Kraft des Kellogg'schen Entwurfs durch zugespiete juristische Formulierungen allerdings eher abgeschwächt wird. Natürlich wird die Prüfung durch das auswärtige Amt mit der größten gebotenen Sorgfalt erfolgen. Es ist aber anzunehmen, daß die Reichsregierung darauf bedacht sein wird, das ganze

Unentschiedene Wahlen in Frankreich

Der erste französische Wahltag.

Erst die Stichwahlentscheidet.

Der Sonntag hat die Einteilung zu den französischen Neuwahlen für die Abgeordnetenkammer gebracht. Man muß von einer Einteilung sprechen, da höchstens ein Drittel der Abgeordneten Sonntag im ersten Wahlgang endgültig gewählt wurden, während zwei Drittel sich der am nächsten Sonntag, den 29. April, stattfindenden Stichwahl unterziehen müssen. Vorläufig sind folgende Resultate festgelegt: Von den 612 Abstimmungen sind 602 bekannt. 175 Mandate sind besetzt, aber 427 Mandate muß in Stichwahlen entschieden werden. Von den 175 Gewählten gehören 72 der Republikanisch-Demokratischen Union an (Nationale Vereinigung), 41 sind Linkerepublikaner, 31 Radikale und Sozialistischeradikale, 17 republikanische Sozialisten und 14 Sozialisten.

Die Wahlen haben sich in ganz Frankreich ohne besondere Zwischenfälle vollzogen. Der Wahltag begann um 8 Uhr und wurde um 6 Uhr geschlossen. In Paris zeigte sich vor den einzelnen Wahllokalen die übliche Tätigkeit, die im Heranschieben der säumigen Wähler besteht. Die Wahlbeteiligung ist beträchtlicher gewesen als bei der letzten Wahl im Jahre 1924.

Bekannte Gewählte.

Bei den ersten definitiv Gewählten fällt eine größere Anzahl Anhänger der Richtung Poincarés auf, zu denen auch die Hälfte der Mandatsträger zu rechnen ist. Briand und Herriot wurden mit starker Mehrheit wiedergewählt, während Kriegsminister Painlevé im Wahlbezirk Sez mit einem Sozialisten in Stichwahl kommt. In Dijon wurde der radikale Bürgermeister Gérard mit 10 300 Stimmen gewählt. In Agenau findet Stichwahl statt zwischen dem früheren Abgeordneten Walter und dem Autonomisten Haus, dem Sohn des früheren deutschen Staatssekretärs. In Belfort wurde Lardie wiedergewählt. Der frühere Vizepräsident der Kammer, Pailhès, sowie der Sozialist Vincent Auriant wurden wiedergewählt. Dagegen kam der Sozialistenführer Blum in Paris nur in Stichwahl in Paris gegen seinen kommunistischen Wettbewerber. Wiedergewählt sind der Präsident der bisherigen Kammer, Ferdinand Bouisson (Sozialist), sowie der Radikalsozialist Rivy, der Vorsitzende der Finanzkommission der bisherigen Kammer, der demokratische Republikaner Bonnesou, der Sozialist Paul-Boncour und der Handelsminister Bokanowski. In Stichwahl kommen der Kommunist Marcel Cachin, der frühere Minister Georges Bonnet sowie der bekannte sozialistische Gewerkschaftsführer Urb-Dise. Unter den nicht wiedergewählten Mitgliedern der bisherigen Kammer sind zu erwähnen Reynaldy, der im Ministerium Herriot Handelsminister war, und Paul Morel, früherer Unterstaatssekretär der Finanzen.

Ueberraschung in Elsaß-Lothringen.

Unter starker Teilnahme gingen die Wahlen in Elsaß-Lothringen vor sich. Sie bedeuten schon jetzt eine entschiedene Abgabe an den Regierungskurs und die nationalistischen Poincaré-Blätter stimmen ein Wehegeschrei an. Große Erfolge haben die Autonomisten errungen, obwohl oder weil ihre Führer meistens im Gefängnis sitzen.

In Mühlhausen im Elsaß hat der Sozialist Grumbach, der in Stichwahl steht, die höchste Stimmenzahl erlangt, an zweiter Stelle steht der aus dem Hagen-Prozess bekannte Advokat Krähling (Autonomist). In Straßburg steht Veitrotes (Sozialist) im Stichwahlkampf mit dem Linkerepublikaner. Der autonomistische ehemalige Redakteur der „Zukunft“, Schall, hat 3600 Stimmen erhalten. In Gebweiler ist der rechtsstehende Bilger gewählt. Im Marne-Departement steht der Sozialrepublikaner Forgeot in Stichwahl mit dem sozialistischen Kandidaten. Im zweiten Wahlbezirk von Straßburg muß der Sozialist Georges Weill sein Mandat in der Stichwahl verteidigen. Der inhabitierte Autonomistenführer Dr. Ricklin erhielt in Altkirch 5000 Stimmen.

Problem des Kriegsschlichtungsabkommens unter Wahrung aller Selbständigkeit zu verfolgen. Die Frage der deutsch-französischen Annäherungspolitik wird dadurch nicht berührt, sondern wie bisher weitergeführt werden.

Die deutsche Regierung wird in den nächsten Tagen eine vorläufige Antwort auf die Note des amerikanischen Staatsdepartements betreffend den Antikriegspakt in Washington überreichen lassen. Diese Antwort wird die prinzipielle Zustimmung zu dem Vorschlag einer Abtattung des Krieges ausdrücken.

General Sandino gründet eine Sonderrepublik.

Sanana. General Sandino hat eine kleine Sonderrepublik gegründet und sich von Managua unabhängig erklärt. An der Ostküste von Nicaragua unternahm er einen Überfall auf nordamerikanische Marinegruppen und machte eine Anzahl Gefangene.

der als Heimatverteidiger bekannte katholische Kandidat 4000. Zahlreiche Autonomisten kamen in die Stichwahl. Die Resultate des Untererfaß geben mit denen des Obererfaß zusammengenommen den Wahlen den Charakter von Oppositionswahlen.

Elsässischer Protest.

Frankreich hat ein Wahlrecht, das gegenüber dem deutschen den Vorzug hat, den Wähler in viel engerer Beziehung zu seinem Kandidaten zu setzen, als dies in Deutschland der Fall ist. Der Franzose wählt den Mann, nicht die „Liste“, die Partei. Freilich ist auch das französische Wahlrecht deswegen nicht durchaus vollkommen, denn die Wähler müssen am nächsten Sonntag zum zweitenmal ihre Stimmen abgeben überall dort, wo beim ersten Wahlgang ein Kandidat nicht die absolute Mehrheit erhielt. Das ist aber bei etwa zwei Dritteln der Wahlkreise — die mit den Arrondissements, also etwa unseren Landkreisen, zusammenfallen — bei dem ersten Wahlgang der Fall gewesen, so daß am 22. dieses Monats erst etwa ein Drittel Abgeordneter endgültig gewählt worden ist, man daher über die endgültige Zusammenfassung der Kammer vorläufig kaum etwas sagen kann.

Allerdings ist aus der Stimmenabgabe schon jetzt festzustellen, daß die Hoffnungen Poincarés und seiner Freunde auf einen überwältigenden Sieg doch nicht ganz in Erfüllung gegangen sind. Gewiß wird er in der kommenden Kammer auf eine sichere Mehrheit rechnen können. Aber einen Vermutungsstropfen haben die Wahlen doch in den Siegesbecher Poincarés gemischt: das ist das Wahlergebnis in Elsaß-Lothringen, wo die „Lenden“, die „franzosenfeindliche Clique“ — wie vor kurzem Poincaré in einer Straßburger Rede die Autonomisten bezeichnete — einen großen Abstimmungssieg errungen haben. Die Elsässer haben wieder einmal „protestiert“, genau so, wie sie vor 50 Jahren im Deutschen Reichstag als „Protestler“ sogar eine eigene Partei gebildet haben.

Das Vorgehen der Pariser Regierung gegen diese „Autonomisten“ hat also gerade den Erfolg gehabt, den jeder Kenner elsässischen Volkstums voraussetzen konnte: der Elsässer läßt sich nicht „regieren“, von oben herab, also von Paris aus, kommandieren. Genau sowenig — wie haben dies leider viel zu spät gemerkt —, wie er sich dies von Berlin aus gefallen ließ. Es hat der Pariser Regierung nicht genügt, daß sie alle „Verdächtigen“ verhaften ließ und kurz vor den Wahlen noch den großen Apparat einer — bisher nur angekündigten — Schwurgerichtshandlung aufzog. Diese Mitglieder des „Heimatbundes“ für Elsaß-Lothringen sollten schnell noch als „Verbrecher gegen die Sicherheit und Ordnung“ informiert werden, sollte, um mit Poincaré zu sprechen, das elsässische Volk durch seine Stimmabgabe weit abrüden von dieser „Clique“ — und nun ist der Vorsitzende dieses Heimatbundes, Ricklin, einfrüchtiger Reichstagsabgeordneter, jetzt Untersuchungsgefangener, drauf und dran, in die Deputiertenkammer einzuziehen. Die Front der elsässischen Heimatbändler wäre noch viel breiter, viel geschlossenener, wenn nicht innenpolitische französische Streitfragen sie umwohen würden. So sind die Sozialdemokraten vom Elsaß ihr ferngeblieben, sind Anhänger der Pariser Regierung, weil sie deren antikristlichen Gesetze auch im Elsaß durchgeföhrt wissen wollen.

Ein kleines Gefühl der Schadenfreude wird man in Deutschland nicht zu unterdrücken brauchen: die Pariser Regierungspolitik hat Schiffbruch erlitten, die „erlösten“ Provinzen haben mit größter Deutlichkeit gegen jene Maßnahmen protestiert, die dieses Land, das elsässisch und nur elsässisch, „autonom“ sein will, durchaus in die französische Uniform stecken wollen. Das deutsche Geld, das französischen Behauptungen zufolge angeblich in der Heimatbewegung eine so große Rolle spielte, ist schwand: das wird auch der kommende Autonomistenprotest hoffentlich beweisen. Wir Deutschen knüpfen darum an den Wahlausgang im Elsaß keine eigenfächtigen Wünsche, aber wir freuen uns, daß die Elsässer durch die Wahlen ihrem Willen Ausdruck geben, Stammesart und Eigenleben auch in Zukunft zu wahren.

Aus der Wahlbewegung.

Getrennte Wahl für Männer und Frauen in einigen Landestellen.

Ein Experiment, das bei früheren Wahlen nur in einigen ganz kleinen Bezirken versucht worden ist, wird bei den kommenden Reichstagswahlen im gesamten Land Hessen angestellt werden: getrennte Stimmabgabe von Männern und Frauen. Die Trennung der Stimmabgabe soll in der Weise erfolgen, daß die weiblichen Wähler andersfarbige Umschläge für die Stimmzettel erhalten als die Männer. Wie bekanntgeworden ist, soll auch in Berlin die Wahl nach getrennten Geschlechtern durchgeführt werden.

Das Wahlrecht der Seeleute

Kann schon am 10. Tage vor dem Wahltage ausgeübt werden. Die zuständigen Kreiswahlleiter werden die Listen für die Wahl so früh wie möglich mit den erforderlichen Stimmzetteln